Schwerpunkte deutscher Finanzpolitik

Aufgaben des Bundesfinanzministeriums

Die Aufgaben des Bundesfinanzministeriums sind in Zeiten der Dollar-, Euro- und Schuldenkrise sowie unter den Herausforderungen aus dem Finanzsektor so groß wie nie zuvor in der Menschheitsgeschichte. Wichtiger einzelner Faktor ist eine politisch höchst mächtige und in die gegenwärtige Krise schuldhaft tief verstrickte, mafiotisch strukturierte Finanzwelt (Dr. Wolfgang Hetzer, Abteilungsleiter, Europäische Korruptionsbekämpfungsbehörde OLAF), der es über die Jahrzehnte gelungen ist, Regierungen und Medien in gefährlicher Verstrickung auf ihre Seite zu ziehen.

a) Die Finanzsysteme

Das verbreitete und restlos veraltete, korrupte und gefährliche Geschäftsmodell politischer Einflussnahme über die Beherrschung der Finanzsysteme wird abgelöst durch ethisch ausgerichtete, bürgernahe Servicestrukturen, gerade auch der privaten Banken, Sparkassen und Volksbanken. Sparkassen und vor allem Volksbanken mit Genossenschaftsstrukturen gehören zu den förderungswürdigen Unternehmensformen in diesem Sektor. Wie künftig in allen Bereichen wirtschaftlichen Lebens werden ethisch ausgerichtete Unternehmen steuerlich gefördert. Den Kriterienkatalog dafür entwickelt eine tatsächlich völlig unabhängige Kommission. Förderungspolitisch werden zwei Gruppen unterschieden: Unternehmen, die bereits alle Kriterien erfüllen und andere, die sich im kontinuierlich nachweislichen Umstellungsprozess befinden. Diese Umgestaltung soll den Blick der politischen Führungen wegbewegen von überflüssigen und selbstverschuldeten Problemen hin zu den wirklich essentiellen: Friedenspolitik, Hunger, Umweltschutz, Bildung etc.
Hier gilt es, unter allen Umständen strukturell und prinzipiell sicherzustellen, dass eine weitere Finanzkrise wie jetzt und 2007 oder auch 1929 nie wieder vorkommen kann. Die Frage lautet heute, ob die forttreibende Krise eingefangen werden kann, ohne dass die Völker schwerste innere Verwerfungen und weltweite Kriege befürchten oder gar erleben müssen.
Dabei liegt die Herausforderung darin, auf die Bedürfnisse der realen Wirtschaft und ihre Arbeitsplätze ebenso Rücksicht zu nehmen wie auf die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungsteile.

b) Kommission für eine komplette Erneuerung

Ressortübergreifend und auf Grundlage der Empfehlungen einer tatsächlich unabhängigen Kommission sind deshalb strategisch geplante, offen kommunizierte und in einzelnen Schritten mit Volksinitiativen oder –abstimmungen gestützte Abfolgen tiefgreifender Reformen notwendig. Das Gedankengut, Sinn und Geist der „Monetative" (nach Prof. Bernd Senf) ist dabei in einzelnen Punkten in diesem Programm direkt als auch insgesamt in das „Viergliederungsprinzip" nach Prof. Heinrichs eingebettet. Das Finanzministerium darf und wird grundsätzlich keinerlei entscheidende Schritte unternehmen, ohne diese mit Unternehmen, Gewerkschaften und zivilen Organisationen weitestgehend einvernehmlich abzustimmen. Maßgeblich wird dabei in Deutschland nicht mehr sein, was mächtige Medien in ihrem durchsichtigen Interessenkonflikt erklären, sondern der Wille tatsächlich gut informierter Bürger.

Da jedoch Deutschland als höchst exportorientiertes Land mit einer strategischen Mittellage in Europa und vielfältigen guten Beziehungen weltweit sich nicht ohne Schaden für alle Beteiligten einfach abschotten kann und will, werden insbesondere im europäischen und Nato-Bereich, als auch im Kontakt zu den übernationalen Organisationen wie UNO, Internationaler Währungsfonds und Weltbank Wege gefunden, wie internes Finanzieren und Wirtschaften in Deutschland von den weiterhin drohenden Verwerfungen im Weltmaßstab gesund und international gemeinschaftlich organisiert abgesichert werden können. Diese Absicherung kann und soll nicht dazu dienen, Völker in ihrer Freundschaften und Verbindungen schaffenden Reisetätigkeit zu behindern oder sinnvolle Geschäftstätigkeiten zu blockieren, die Arbeitsplätze überall in der Welt sichern helfen. Sondern vielmehr geht es darum, dass die Bevölkerung in ihrer großen Zahl ebenso geschützt wird wie Unternehmen: Vor den notwendig hervorgerufenen Verwerfungen einer globalen Finanzstruktur, die das Wohlergehen weniger und die Not der allermeisten zumindest billigend in Kauf nimmt und auf dieser Grundlage Kriege und Krisen im Werkzeugkasten führt. Gerade diese letzten Gesichtspunkte werden die womöglich größte Herausforderung der oben erwähnten Kommission darstellen.

c) Grundlegende Zielsetzungen

Zu den Zielen des Gesamtpakets der anzustrebenden Reformen gehört:

- Die Deutsche Mitte setzt sich zum wichtigen Ziel, das grundlegende Prinzip durchsetzen zu helfen, dass eine nationale Währung niemals gleichzeitig auch Weltleitwährung sein darf. Darauf wird in allen erreichbaren Organisationen, Gremien und Aktionen hingewiesen.
- Keine weitere Übernahme finanzieller Verpflichtungen, Garantien oder Risiken zugunsten anderer hoch verschuldeter Mitglieder der Eurozone ohne sofortige, gesicherte Überschreibung stabiler Werte in dreifacher Nominalhöhe. Sämtliche anderslautenden Verträge waren rechtswidrig und sind auf der Grundlage von Volksinitiativen und notfalls Volksabstimmungen zu revidieren. Die Sicherungsgeber müssen ihre Sicherheitsleistungen ebenfalls durch Volksabstimmungen bestätigen lassen. Ein weiteres wirtschafts- und entwicklungsfeindliches Ausbluten der Völker zugunsten von Investoren aller Art und Größe entfällt.
- Die derzeit völlig überzogene globale Bankenmacht ist schrittweise und möglichst einvernehmlich mit allen beteiligten Partnern im In- und Ausland in Regierungen, Institutionen und Verbänden radikal zu beschneiden, um Finanzblasen, Inflations- und Deflationsgefahren zu verhindern. Banken behalten ihre Kernaufgaben: Einlagen (z. B. Giroeinlagen oder Spargelder) einsammeln und gegen Sicherheiten in Kredite verwandeln. Kredite werden wie bisher beantragt und nach Bonitätsprüfung entschieden. Es darf keine Möglichkeit mehr geben, durch Manipulationen am Finanzmarkt Volkswirtschaften in Schwierigkeiten zu bringen und realwirtschaftliche Produktionsleistungen zu entwerten oder zu enteignen. Zu den national und international abstimmpflichtigen Maßnahmen gehören:
    - Umstellung auf Trennbankensystem und vernünftig schrittweise ethische Ausrichtung aller Bankengeschäfte sowie die grundsätzliche Abkehr von Kartellbildungen aller Art. Sämtliche Derivate- und Termingeschäfte werden so schnell wie sinnvoll möglich zurückgefahren, bis hin zu vollständigen Abschaffung.
    - Ebenso abgeschafft wird schrittweise das verheerende Zinssystem mit seinen Verschuldungs- und Inflationswirkungen. Banken werden künftig um Kreditgebühren und den dafür gebotenen Kundenservice

konkurrieren. Beantragt und nach Tilgungsplan zurückgezahlt wird auch künftig wie bisher. Andere Finanzierungsarten sehen konstruktive Modelle der begrenzten Zusammenarbeit wie zum Beispiel Beteiligungsformen aller Art auf Zeit vor.
    - Alles Finanzieren wird auf das weltweit vielfach empfohlene so genannte Vollgeld-System umgestellt: Nur noch tatsächlich unabhängige öffentliche Zentralbanken schaffen neues Geld, Banken können dies nur im Rahmen von Zentralbankgenehmigungen. Auch die Staatsverschuldung unterliegt dem Regelwerk der Bundesbank.
    - Die Golddeckung der Währung ist schrittweise deutlich zu erhöhen, außerdem holt Deutschland das im Ausland gelagerte Gold wesentlich schneller zurück als bisher geplant.
    - Spekulationsbeschränkungen werden auch insofern errichtet, dass Börsengeschäfte unterhalb einer Haltedauer der Anteile oder Wertpapiere von mindestens einem Jahr weder direkt noch indirekt aus Krediten getätigt werden dürfen. Die Mindesthaltedauer beträgt zwei Minuten.
- Über die Steuerpolitik und organisatorische Unterstützung werden unternehmerische Entscheidungen begünstigt, die bestimmte ethische und soziale Anforderungen erfüllen. Dass ethisch wertvolle Unternehmen genauso besteuert werden wie andere wirkt wie ein Verzicht auf im Sinne der Gemeinschaft wichtige Regelungswerkzeuge. Ressortübergreifend wird den Vorschlägen aus dem Bereich der Modellvorstellungen und Praxisresultate der so genannten Österreichischen Schule besondere Bedeutung zugemessen. Einzelheiten werden durch eine tatsächlich völlig unabhängige Kommission erarbeitet. Zu den Zielvorstellungen dieser Anforderungen gehören auf jeden Fall:
    - Bevorzugung Familienunternehmen und Genossenschaften. Gemeinnützige Vereine und Stiftungen werden zumindest organisatorisch unterstützt und gefördert. Sie gehörten auch bisher schon in den Bereich steuerlicher Begünstigung. Börsennotierte Firmen werden weder eingeschränkt noch reguliert, jedoch wirtschaftspolitisch in Richtung ethische und soziale Verantwortung motiviert und teilweise wesentlich schärfer kontrolliert.
    - Modelle der Mitarbeiterbeteiligung und innerbetrieblicher Mitbestimmung.
    - Modernes, hoch flexibles Arbeitszeitmanagement, Heimarbeit und Angebot von Teilzeitarbeit, die gezielt Müttern den vollen Wiedereinstieg ins Berufsleben erleichtern und Eltern Möglichkeiten bieten, in den ersten drei Jahren ihre Kinder selbst großzuziehen.
    - Örtliche und regionale Verbundnetzwerke mit Selbstversorgungscharakter, Risikoausgleich und -streuung sowie staatlicher, öffentlicher und zivilgesellschaftlich-bürgerlicher Zusammenarbeit, darin besonders: alternative Modelle – mit zinsfreien und umlaufgesicherten Regionalwährungen und Tauschringen, auch zur Förderung der Arbeitsaufnahme von Beschäftigungslosen und regionaler Autarkie.
    - Wiederzulassung der Bildung so genannter stiller Reserven in einem reformierten Bilanzierungsrecht.
- Der Länderfinanzausgleich, insbesondere zwischen alten und neuen Ländern, entspricht einer notwendigen inneren Solidarität in Deutschland. Er kann jedoch nicht unbegrenzt und ohne Überprüfung einfach fortgesetzt

werden. Vielmehr müssen Empfängerländer nachweisen, dass sie die Mittel strategisch sinnvoll einsetzen und verantwortungsvoll haushalten.

- Eine Anzahl weiterer Reformen erscheinen überfällig:
    - Steuererklärungen müssen einfacher werden, die Steuerfahndung wird erheblich ausgeweitet.
    - Besteuerung nicht nach Steuerarten sondern nach Leistungsfähigkeit.
    - Ausnahmen und Sonderregelungen sind zu verringern, Subventionen sind offen darzulegen und regelmäßig zu überprüfen.
    - Mehr Gestaltungsfreiheit für Länder und Gemeinden
    - Das Bundesaufsichtsamt für das Finanzwesen BAFin sowie die Rechnungshöfe in Bund und Ländern sind finanziell in den kommenden fünf Jahren mit dem doppelten Ansatz ihrer jetzigen Budgets auszustatten, um die Prüfungen zu intensivieren. Gleichzeitig ist die Verpflichtung des Staates festzuschreiben, auf diese Prüfungen spätestens in Jahresfrist gesetzlich und organisatorisch so zu reagieren, dass die Missstände beseitigt werden, mit klaren Straftatbeständen, wenn dies nicht erfolgt. Budgeterhöhung gibt es auch für Steuerfahndung und Zoll bei gleichzeitiger Untersuchung der Korruption aller hier genannten Institutionen. Alle Refinanzierungen erfolgen zunächst aus den Erlösen der überprüften Aktivitäten, die Milliardenbeträge erreichen, also im Wege der Eigenfinanzierung.

1. Öffentliche Finanzen

1.1. Aufgaben und Ziele

Die fünf angeblichen Leitlinien bisheriger Politik sind allesamt grob verletzt worden.

1.1.1. Wachstum und Beschäftigung fördern

Übergeordnetes Ziel aller finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen ist es, den vor negativen äußeren Einflüssen sicheren politischen Rahmen mitgestalten zu helfen, der mehr und sinnvollere Beschäftigung für alle arbeitenden Menschen erreichen hilft. Ressortübergreifende neue Politik ermöglicht international wettbewerbsfähige Steuersätze, tatsächlich konsequente Rückführung der Staatsverschuldung ohne neue Risikoposten und mehr Ausgaben dort, wo die Zukunft entschieden wird: Friedenspolitik, Bildung, neue umweltschonendere Technologien, verantwortliche Formen des Zusammenlebens der Menschen miteinander und von Mensch und Natur. Wachstum ist kein Zweck an sich.

1.1.2. Nachhaltige Politik

Die bisherige Politik steht an vielen Punkten vor ihrem Ende. Jetzt gilt es vor allem, gute und allseits abgesicherte Übergangswege zu finden in eine wesentlich strategischer ausgerichtete Politik, in deren Mittelpunkt Ethik und Menschen stehen. Finanzlobbyisten werden in ihren Ministerienkontakten deutlich eingeschränkt, Personal aus dem Finanzsektor darf in Büros des Ministeriums grundsätzlich nicht arbeiten.

1.1.3. Soziale Gerechtigkeit

Die bisherige Finanzpolitik bürdet der jetzt arbeitenden Bevölkerung auf, die jetzigen Renten und die künftige eigene Altersversorgung zu finanzieren. Dabei wurde mit betrügerischen Investitionsmodellen ein gewaltiges Rentenrisiko

produziert. Die künftigen Generationen haben erhebliche Einbußen zu befürchten, weil die jetzige durch unkluge und in Teilen korrupte Politik gewaltige Löcher in die Staatsfinanzen gerissen hat.
Nur eine einvernehmliche umfassende Neubesinnung mit höherem Umlagenanteil kann diese Fehlentwicklung erfolgreich beenden und bessere Wege aufzeigen.

1.1.4. Berechenbare Politik

Gefälligkeitsgutachten, Vorbeiregieren an den Wünschen der Bevölkerung kennzeichnen den bisherigen Regierungskurs. Geheimniskrämerei, Bundestagsbeschlüsse im Hauruckverfahren, unübersichtliche Gesetzeslagen: Der Weg ins totale Desaster ist mit zahlreichen und zum Teil haarsträubenden Vorgehensweisen gepflastert, die im Geschichtsbuch an den Weg in frühere dunkle Zeiten erinnern. Heute misstrauen die Bürger Politik und Medien – vielfach ohne sich Rat zu wissen, wie es weitergehen kann.
Ein Ende der internen Mauscheleien des Politikbetriebs auf höchster Ebene, Respekt vor einem neuen unabhängigen Bundestag sowie tatsachengerechte Medienberichterstattung – das sind die wichtigsten Eckpunkte, um das Vertrauen der Bevölkerung in Politik und Politiker wiederherzustellen.

1.1.5. Internationale Eingebundenheit

Besonders unübersichtlich und fehlerhaft ist die internationale Finanzpolitik, die vielfach abenteuerlich anmutet und die Bürger verunsichert, die Europäische Union und der Euro sind ebenso gescheitert wie der Arbeitsansatz der Weltbank und globale, von Lobbies beherrschte Verfahren.
Reformanstrengungen im Innern müssen notwendigerweise auch international finanzpolitisch zum Umdenken beitragen. Wichtig bleibt die Freiheit jedes Volkes, sich im Scheitern der bisherigen Politik nach eigenen Interessen und in enger Abstimmung mit den internationalen Freunden und Verbündeten neue Wege zu suchen. Eine erneuerte Völkergemeinschaft in Europa und darüber hinaus soll sicherstellen können, dass die bisherigen Fehlentwicklungen und Schieflagen nicht mehr vorkommen können – und neue frühzeitig erkannt und vermieden werden.

1.2. Bundeshaushalt 2014

Um das erste Jahr der Reformen nicht gleich nach der Wahl verloren geben zu müssen, wird mit einem vorläufigen Sofort-Haushalt des Reformprogramms so lange gearbeitet, bis spätestens Ende Februar 2014 der endgültige Jahreshaushalt vorgelegt und Ende März verabschiedet ist.

1.3. Tragfähige Staatsfinanzen

Durch eine Anhäufung keineswegs tragfähiger Entscheidungen des finanziellen Fortwurstelns bei gleichzeitiger Risiko-Übernahme im Euro-Raum in Billionenhöhe ist von „tragfähigen Staatsfinanzen" nur noch auf der Website des Ministeriums die Rede. Demokratische Mitsprache und scharfe Regeln werden dies bessern.

1.4. Der Stabilitätsrat

Dieses Gremium aus Bundes- und Länderfinanzministern hat in Jahren sprudelnder Einnahmen Geld verschleudern helfen und kaum vorgesorgt für die gewaltigen Bedrohungen aus dem globalen und Euroraum. Damit steht Deutschland ohne Deich, wenn die Krisenfluten kommen – das ist zu bessern. Künftig werden hier die Reformen zu begleiten sein, die Deutschland in ein gesundes Finanz-, Währungs- und Wirtschaftssystem bringen – auf ethisch und sozial einwandfreier Grundlage.

1.5. Offene Vermögensfragen

Diese Politik nach 1990 ist in dem Moment gescheitert, als Russland erklärte, keine Ansprüche an die Bundesregierung in irgendeiner Richtung erhoben zu haben – und die Bundesregierungen während und seit der Einheit damit Lügen strafte. Es ist unerträglich, dass einzelne Bürger unter diesem Versäumnis leben müssen. Und es ist sauber abzuwägen, wie in dieser Frage zu handeln ist, um nicht neue Unruhe, Unsicherheit und neue Schwierigkeiten zu schaffen. Tatsache ist: Hier sind Schulden zu begleichen, voraussichtlich auf dem Wege der Entschädigung.

1.6. Schuldenmanagement des Bundes.

Das Schuldenmanagement des Bundes ist teilweise zu einem Erfüllungsgehilfen der abenteuerlichen Euro-Politik heruntergekommen. Dieses muss dringend im Rahmen der Gesamtkorrektur so umgewandelt werden, dass niemals wieder eine Bundesregierung derartig hohe finanzielle Verpflichtungen und Risiken mittels der Fraktionsdisziplin gegen jede Warnung und den erklärten Willen des Souveräns, des deutschen Volkes, durchdrücken kann.

2. Steuern

2.1. Einkommensteuer

In der Steuerprogression sind höchste Einkommen oberhalb der Millionengrenze nicht mehr gesondert erfasst. Damit sind einer kleinen, einflussreichen Minderheit hohe Vermögensanhäufungen möglich, die in keinem Verhältnis mehr stehen zu den politischen Einflussmöglichkeiten anderer Menschen. Leistung muss sich lohnen, und Reichtum ist nichts Schlechtes – doch persönliche Finanzvermögen in Höhe von mehr als 50 Millionen Euro bergen angesichts beispielsweise des Wahlkampfbudgets der SPD zur Bundestagswahl 2005 in Höhe von 15 Millionen Euro möglicherweise Beeinträchtigungen für die Demokratie. Hinzu kommt anlässlich des erwiesenen und wachsenden Missmanagements der Bundesregierungen in vielen Jahren eine ebenfalls wachsende Steuer-Unlust vieler Bundesbürger.
Diese Tatsachen legen eine grundsätzliche Revision nahe, die alle Beteiligten gemeinschaftlich organisieren. Wohlhabenden oder Reichen Geld wegzunehmen kann der Staat relativ leicht verfügen. Doch den Betroffenen glaubwürdig darlegen, dass dieses Geld als Steuerbeitrag auch für die eigenen Nachkommen gut angelegt ist – und in Krisenzeiten das Leben im eigenen Land sicherer als irgendwo in Steueroasen als Grundstücksnachbar von Drogenbaronen – das ist eine deutlich schwierigere Aufgabe.
Gleichzeitig muss ein Rahmen gefunden werden, der die Entlohnung der untersten Empfänger und die Bezüge des Top-Managements in ein akzeptables Verhältnis zueinander stellt.

2.2. Erbschafts- und Schenkungssteuer

In Deutschland wird von einer „Erben-Generation" gesprochen. Auch hier werden in den höheren Finanzvermögenszonen oberhalb zwei Millionen Euro gemäß den Anliegen der Einkommensteuer erhöhte Sätze eingeführt.

2.3. Umsatzsteuer

Noch immer ist es internationalen Großbetrügern möglich, in Deutschland pro Jahr Schäden in Höhe von 15 Milliarden Euro anzurichten. Dieses funktioniert seit mehr als einem Jahrzehnt ungestört und mit stetig scharf wachsendem Erfolg in

immer neuen Branchen. Noch Ende 2012 haben die Rechnungshöfe Deutschland, Belgiens und er Niederlande Maßnahmen angemahnt – erfolglos. Dagegen ist dringendst sichere und sattelfeste Abhilfe zu schaffen – und grobes Verschulden der zuständigen Regierungskabinette zu prüfen.

2.4. Versicherungs- und Feuerschutzsteuer

Hier ist zu prüfen, ob diese Steuerarten entfallen können, wobei die Feuerwehr dann aus dem allgemeinen Steueraufkommen zu bezahlen wäre.
(Refinanzierung: Einsparungen im Betriebsablauf des Finanzamts und Erträge aus verbessertem Betrugsschutz für das Umsatzsteueraufkommen)

2.5. Tobinsteuer

Ein Alleingang ist ausgeschlossen und würde lediglich den deutschen Börsenplatz ruinieren. Die Deutsche Mitte in Regierungsverantwortung wird nach einer Schonfrist umfangreich informieren, weshalb die Tobinsteuer bisher nicht eingeführt werden kann – und dabei international möglichst einvernehmlich und abgestimmt „Ross und Reiter" nennen – bis zur positiven internationalen Beschlussfassung. Eingebunden werden müssen unbedingt die Standortstaaten der weltweit erfolgreichsten Börsenplätze.

3. Europa

Die Euro-Krise ist keine Europa-Krise, sondern kann erst eine werden: wenn sie nicht rasch und im Sinne der Menschen gelöst wird. Gescheitert sind jetzt schon die geistigen Urheber und Durchpeitscher dieses von Anfang an offensichtlichen Fehlschusses. Eine strafrechtliche Würdigung des Vorgangs muss angesichts der immensen Verluste vorbehalten bleiben.
Absolut inakzeptabel ist die von den Akteuren mitbeschlossene eigene Straffreiheit im Rahmen des derzeit supralegalen ESM-Systems – dies ist sofort zu ändern.

3.1. Europapolitische Rolle des BMF

Deutschland ist seiner Verpflichtung zu Stabilität und Solidität in EU und Eurozone schlecht nachgekommen. Die schwersten Vergehen liegen auch im Bereich der Finanzdienstleistungen – und harren der rechtlichen Würdigung.

3.1.1. Der Euro

Die Abkehr vom Euro vollzieht sich als Rückkehr zum vorigen Wechselkurs-Mechanismus II, mit engen Bandbreiten und möglichen Anpassungen. Wichtig ist vor allem die klare und verlässliche Absprache mit den Freunden und Partnern in- und außerhalb Europas. Diese Absprachen sollen alle Schritte vertraglich festlegen helfen und Chaos vermeiden. Im Notfall helfen Steuerungsmaßnahmen bis hin zu vielfältigen Maßnahmen, die in Island und Argentinien erprobt wurden. Eine verkleinerte Eurogruppe wäre nicht in der Lage, das vor Einführung des Euro Versäumte nachzuarbeiten und würde das Problem daher nur in einen kleineren Kreis verlagern – jedoch nicht prinzipiell und strukturell beheben.

3.1.2. Stabile Europäische Wirtschaftsunion

Die Schimäre von Planungs- und Überwachungsverfahren, von Budgetkontrollen und Finanzaufsicht wird ersetzt durch einen geordneten Übergang zurück in die nationale Verantwortung innerhalb der Wirtschaftsunion.

Frühzeitig müssen dabei die wirtschaftlichen und übrigen Belange mitbedacht werden, um Reibungsverluste so gering zu halten wie möglich.

3.1.3. Finanzen und Haushalt der Europäischen Union

Alle geeigneten Überlegungen zur strategischen Steuerung von Haushalt und Finanzen im Sinne bürgerfreundlicher und gesellschaftsreformerischer Ansätze müssen hier ihre Entsprechung finden. Mehr demokratische Beteiligung und Mitbestimmung der Europäer ist hierbei von grundlegender Bedeutung. Es muss Schluss sein mit prädemokratischen Verhältnissen in der EU.

3.2. Die Entwicklung der EU

Die EU hat jahrelang neue Mitglieder aufgenommen, bevor tatsächlich notwendige Übereinstimmungen mit den älteren erzielt waren. Das hat der Kerngruppe die Chance genommen, gemeinsame Entwicklungen mit Sorgfalt, Augenmaß und Ruhe anzugehen. Hier sind Bereinigungen notwendig, die jedoch überlegt werden sollen, nachdem die Auflösung der Euro-Zone abgearbeitet ist. Damit sind nicht EU-Ausschlüsse angedeutet, sondern eine gemeinschaftliche, freundschaftliche Standortbestimmung in Bezug auf die EU, mit auf dieser Grundlage erarbeiteten Plänen zur Fortentwicklung der EU-Tüchtigkeit. Eventuell notwendige Kurskorrekturen erfordern Aufwand, der gern erbracht wird – und erbracht werden muss, damit die EU als Ganzes besser arbeiten kann – und die einzelnen Mitglieder innenpolitisch ebenfalls. Maßstab muss sein, dass nur selbstbewusste, gesunde und kräftige Nationen auf Dauer gute Unionspartner sein können. Gleichzeitig ist eine umfassende Institutionenreform anzusetzen.

3.2.1. Institutionen der EU

Ohne eine erstaunlich schlechte Konstellation und Befugnisverteilung unter den sieben Schlüsselorganen der EU wäre das Euro-Desaster nicht möglich gewesen. Nur ein neues Nachdenken über die Entscheidungswege, Institutioneneinbindung und eine grundsätzliche Demokratisierung der Prozesse kann neue Fehler verhindern und die Auswirkungen der alten wirksam lindern. Und es ist untragbar, dass diese Themen ausgerechnet auf der Website der Institution des größten und kriminellen Versagens, des BMF, stattfindet, wo sie keineswegs hingehört: Europäische Institutionen sind keine Sonderaufgabe des Finanzressorts und umgekehrt sollen Europäische Institutionen eine breite fachliche Aufstandsfläche in den Mitgliedsländern und deren Institutionen pflegen.
Dass ausgerechnet das glücklose Finanzministerium mit seiner bedauerlichen zentralen Bedeutung im europäischen Kontext hier offenbar Bedarf für umfangeiche Information sieht, ist zweifellos angemessen. Doch weist genau diese Tatsache darauf hin, dass die Beweggründe für die Währungsunion nicht in den blumigen Worten der Politiker lagen – sondern in handfesten Interessen des hoch korrupten Finanzsektors, der hier vor allem kurzfristigen Gewinn sah, ohne jede Rücksicht und jeden Skrupel.

3.2.1.1. Europäisches Parlament

Das Europäische Parlament (EP) muss dringend volle Gestaltungskraft und eine entsprechende Geschäftsordnung erhalten für alle diejenigen Belange, die die Mitgliederländer an Europa abtreten wollen. Als eine Art „Parlament zweiter Klasse" kann das EP sicherlich keine Bindungswirkung der Mitgliedsvölker an die europäische Einigung erzielen.

3.2.1.2. Rat der Europäischen Union

Dieser Ministerrat ist ein wichtiges Gremium zur Vorabstimmung von anstehenden Beschlüssen, mehr sollte er nicht sein – eine demokratische Mitgestaltung der EU-Völker kann und darf er nicht ersetzen.

3.2.1.3. Europäischer Rat (ER)

Über Themen und Beschlüsse im Europäischen Rat muss künftig auf gemeinsam beschlossener Grundlage offener informiert werden – und von den Medien mehr berichtet. Es kann nicht sein, dass Großkrisen organisiert werden – und die Menschen und Völker in Europa Schwierigkeiten haben, sich darüber zu informieren, was konkret besprochen und beschlossen ist und woher die Probleme kommen.

3.2.1.4. Europäischer Gerichtshof (EuGH)

Der Europäische Gerichtshof wird in seiner Eigenständigkeit und Unabhängigkeit bestärkt.

3.2.1.5. Europäische Zentralbank

Geführt von einem ehemaligen Manager einer der größten Banken der USA hat die EZB zweifellos einen Tiefpunkt ihrer hoch unrühmlichen Karriere erreicht. Hier steht eine Totalrevision in allen Bereichen an. Nicht nur die EZB-Spitze ist sofort auszuwechseln. Es ist auszuschließen, dass Personal aus der internationalen Hochfinanz derartige Posten künftig übernimmt.

3.2.1.6. Weitere Institutionen und Einrichtungen

Die Deutsche Mitte wird den gesamten europäischen Mechanismus untersuchen und bewerten, die Ergebnisse mit den europäischen Partnern besprechen und gemeinsame Lösungswege erarbeiten. Dabei wird es unerlässlich sein, weit mehr als bisher viele Dinge offenzulegen, die bis heute unbekannt geblieben sind oder übersehen wurden.

3.2.2. Politikbereiche der EU

3.2.2.1. EU-Kohäsions- und Strukturpolitik

Bei der anstehenden Totalrevision nicht nur in der Eurozone, sondern anschließend auch in der gesamten EU, wird gerade über die Finanzschiene wichtiger Einfluss auf den künftigen Kurs ausgeübt. Schließlich wird ja das Euro-Projekt nicht einfach aufgegeben, sondern mit der Vorbereitung eines kompletten und dann politisch und ethisch sauberen Neustarts in ein oder zwei Generationen sofort begonnen. Denn heute sind die Fehler des gescheiterten Euro-Versuchs am deutlichsten bewusst.

3.2.2.2. Gemeinsame Agrarpolitik

Auch hier besteht großer Reformbedarf: Umweltschutz, die Förderung ökologischen Landbaus, soziale Gerechtigkeit und mehr und besserer Schutz vor Misswirtschaft mögen hier beispielhaft genannt werden.

3.2.3. EU-Haushalt

Der EU-Haushalt wird umgehend und umfassend geprüft. Anschließend wird unter den EU-Freunden dafür geworben, das Paket aufzuschnüren und neu zu binden. Ein neuer EU-Haushalt muss seine Fähigkeit, den Kurs Europas mitzubestimmen, in neuer Gestalt und veränderter Zielrichtung widerspiegeln.

3.2.4. Der ECOFIN-Rat

ECOFIN und der Ausschuss der Ständigen Vertreter sind geeignete Gremien, um veränderte Parameter einer gesünderen europäischen Fortentwicklung festlegen und durchsetzen zu helfen.

3.3. Euro auf einen Blick

Das gegenwärtige ist eines der dunkelsten Kapitel Europas, Deutschlands und des BMF. Tatsachen, ihre korrekte Bewertung und sinnvolle Konsequenzen sind offensichtlich allesamt nicht Stärken des bisherigen Systems. Die Texte des BMF wirken heute in weiten Teilen zumindest unbedarft und naiv. Der Vorwurf bewusster Irreführung des Publikums steht im Raum.
Der Nutzen des Euro wird heute kaum noch diskutiert. Der Euro ist vielmehr ein Symbol europäischer Desintegration – und wenn er nicht bald überwunden ist, könnte Europa tatsächlich schweren Schaden erleiden. Besonders unangenehm erscheint die ständige Wiederholung der unzutreffenden Behauptung, Deutschland habe davon profitiert. Über die internationale Bedeutung einer Währung, die ständig gerettet werden muss, lässt sich nicht streiten.

3.4. Stabilisierung des Euroraums

Eine historisch bedeutsame Herausforderung liegt darin, den Euro geordnet und ohne unnötig schwere Verwerfungen in den Euroländern, in Europa und der Welt abzuwickeln.

3.5. Deutsch-Französische Zusammenarbeit

Die Wünsche der französischen Nachbarn und engen Freunde an die bessergestellten Deutschen sind verständlich. Am Ende jedoch hilft nur die Erinnerung an und die Rückbesinnung auf die hervorragenden Ergebnisse der deutsch-französischen Völkerfreundschaft der letzten beiden Generationen seit dem II. Weltkrieg. Deutschland und Frankreich werden auch diese Herausforderung meistern, weil sie es können, weil es dazu keine Alternative gibt – und weil im gemeinsamen freundschaftlichen Abschied vom jetzigen Euro-Desaster die Grundbedingungen leichter gefunden werden können, unter denen ein Neustart in ferner Zukunft vernünftig erscheint. Frankreich und Deutschland sollen nicht nur Nachbarn bleiben – sondern vor allem: enge Freunde. Davon profitieren nicht nur beide Völker, sondern ganz Europa. Gerade jetzt braucht Europa diesen Anker.

3.6. EU-Informationsstelle

Es wird dringend Zeit die Mitarbeiter umzuschulen. Der Informationsstelle wachsen jetzt in der Krise enorme neue Aufgaben zu – mit hoher Verantwortung.

4. Internationales/Finanzmarkt

Die Deutsche Mitte wird gerade auch hier Zeichen setzen, Arbeitsprozesse beginnen und Allianzen schmieden, um das grundlegend wichtige Prinzip durchsetzen zu helfen, dass eine nationale Währung niemals gleichzeitig auch Weltleitwährung sein darf.

4.1. Internationale Finanzpolitik

Für eine neue Weltleitwährung werden hier die Weichenstellungen gesucht. Wichtig ist die Kontrolle in den Händen der Völker, NICHT der Regierungen.

4.1.1. Informelle Gremien der Finanzpolitik

G7/8, G10 und G20 haben eindrucksvoll unter Beweis gestellt, wie schlecht sich Politik machen lässt, wenn die tatsächlichen Machthaber mehrerer Teilnehmerländer aus der Finanzwelt heraus die Politik steuern. Dies muss sofort aufhören, wenn die genannten Gremien erfolgreicher arbeiten sollen.

4.1.2. Internationaler Währungsfonds

Der IWF steht als Instrument westlicher Machtpolitik in berechtigter Kritik. Die einseitigen Interessen der globalen Finanzgrößen dürfen nicht auf willfährige Bereitschaft einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen stoßen.
Absurd erscheint, dass China einen deutlich geringeren Kapitalanteil hält als Deutschland, das ein deutlich weniger als halb so hohes Bruttoinlandsprodukt wie China aufweist.
Beispiel: Argentinien kam 2002 erst dann aus der Währungskrise, als es auf einen IWF-Kredit verzichtete, seine Währung abwertete und stark regulierte.
Eine vorsichtige, gemeinschaftlich abgestimmte und gerechte Öffnung des IWF für Wünsche und Nöte aller Völker erscheint nunmehr wünschenswert. Keine große Macht darf künftig IWF und Weltbank gegen die schützenswerten Interessen kleinerer Staaten missbrauche, dafür sind geeignete und sichere strukturelle Vorsorgemaßnahmen zu treffen. Sollte China eines Tages die USA als Großmacht beerben, dürfen die Ungerechtigkeiten nicht fortdauern...

4.1.3. Entwicklungsbanken

4.1.3.1. Entwicklungsbank des Europarates (CEB) – Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) – Regionale Entwicklungsbanken (RDB)

Die genaue Rolle und Strategie aller drei Banken erscheint prüfenswert: ihre soziale Nützlichkeit ebenso wie ihre Vorgehensweise und Struktur.

4.1.3.2. Weltbankgruppe

Die Weltbank als Schwesterinstitut des IWF hat eine ähnlich ungerechte Anteilsverteilung und Politik. Die Weltbank hat sich einen zweifelhaften Ruf erworben als globales Fesselungs- und Knebelungsinstrument der mächtigen Staaten, das gegen die weniger mächtigen eingesetzt wird. Dieses einseitige Verhalten stört viele wertvolle Tätigkeiten, die diese an sich sinnvolle und notwendige Institution im Interesse gerade der weniger privilegierten Staaten ausüben könnte.
Das entscheidende Zerwürfnis zwischen den zuvor indirekt US-gesponserten Taliban und den USA ließ sich nicht mehr aufhalten, als die Talibanregierung sich im Sommer 2001 endgültig weigerte, für den Bau einer vorwiegend im US-Interesse liegenden Öl- und Gaspipeline (TAPI-Verlegungsroute) einen Weltbank-Kredit in Höhe von 100 Millionen Dollar aufzunehmen.
Finanzpolitik ist in Friedenszeiten das entscheidende politische Steuerungsinstrument, auch im Weltbankbereich muss ein Umdenken für mehr internationale Gerechtigkeit einsetzen.
Whistleblower haben herausgefunden, dass es in der Weltbank Fälle von Korruption und Misswirtschaft gibt. Die Deutsche Mitte wird sich der Angelegenheit diskret und umsichtig annehmen. Zunächst wird ein Schutz für Whistleblower einvernehmlich durchgesetzt, dann werden die unerledigten Altfälle so lange aufgearbeitet, bis rechtliche und ethische Standards wieder erfüllt sind.

4.1.4. ASEM-Prozess (Asien-Europa-Treffen)

Dieses informelle Forum von derzeit 48 Staaten, davon 27 der EU, ist ein wertvolles Gremium, das künftig stärker dazu dienen könnte, die anstehenden Veränderungsprozesse im Verhältnis westlicher Staaten zum Rest der Welt konstruktiver im Sinne tatsächlicher Völkerfreundschaft zu begleiten.

4.1.5. Finanzstabilitätsrat

Die enorme Schwächung des Basel III-Pakets, das wesentlich auf die Arbeit dieses Rates zurückgeht, zeigt, dass der Rat darum ringt, sich seinen Namen zu verdienen. Die Deutsche Mitte wird sich einsetzen, dieses Gremium zu kräftigen und mithelfen, es strategisch zu reformieren.

4.1.6. Auslandsgewährleistungen des Bundes

Dazu gehören: Exportkreditgarantien („Hermes-Bürgschaften"), Investitionsgarantien des Bundes, Ungebundene Finanzkredite des Bundes (sog. UFK), CIRR-Zinsausgleichsgarantien für Schiffsfinanzierungen sowie Gewährleistungen für Vorhaben der Finanziellen Zusammenarbeit (sog. FZ-Vorhaben).
Es handelt sich um eine interessante Möglichkeit, wirtschafts- und außenpolitische Belange sinnvoll im Dienst von Sicherheit, Frieden und Völkerverständigung umsichtig und gut abgestimmt strategisch neu zu positionieren.

4.1.7. Internationale Schuldenstrategie und Umschuldungen sowie Organisationen

Auch hier kann Deutschland besondere Zeichen setzen, um eine neue Ausrichtung der Außenpolitik zu untermauern, auch auf Wirksamkeit zu testen und mittelfristig neue Kooperationsformen einzuführen.

4.2. Finanzmarktregulierung

Die Deutsche Mitte wird mit einer Strategie der Öffentlichkeitsarbeit weltweit und einer damit verzahnten strategischen globalen Maßnahmenstrategie darauf hinwirken, dass die Befreiung von der Vormundschaft des Finanzsektors über alle Politik- und Lebensbereiche endlich ernst gemacht wird.
Besonderes Augenmerk liegt darauf, dass alle Staaten der Völkergemeinschaft öffentliche und vom Staat tatsächlich unabhängige Zentral- oder Notenbanken haben oder einrichten, die nicht in irgendeiner Form mit dem privaten Finanzsektor verknüpft sind. Währungsfragen sind integraler Kernbestandteil im Dienst des Souveräns, des Volkes – das muss weltweit gelten und ist eine der unerlässlichen Grundlagen tatsächlich echter Demokratie.
Ein Bundesbankchef aus dem Kanzleramt ist undenkbar.
Nichts wird Deutschland auf dem Weg in ein neues Finanzsystem allein tun – und auf dem Weg einer Befreiung von Vormundschaft und Druck der Finanzmacht ständig neue Bündnispartner gewinnen. Die jetzigen Freunde und Verbündeten werden einsehen, dass sie sich ebenfalls stärker als bisher anstrengen müssen: Wenn sie nicht in große innenpolitische Krisen fallen wollen, die sehr schnell auch außenpolitische werden können.

4.2.1. Haftung

Wie schon unter 4.1.5. dargelegt, muss eine neue Bundesregierung erheblich nachlegen, um den ursprünglichen Basel III-Ansatz verwirklichen zu helfen. Anschließend sind weitere Maßnahmenpakete vorzulegen, die das Zurückdrängen der globalen Finanzmacht bezwecken.

Die Verstärkung der Managerhaftung ist sicherlich ein wichtiger Reinigungsprozess, doch für sich genommen völlig ungeeignet, die Verhältnisse zu ändern. Unter anderem ist auch eine besser geregelte Politikerhaftung geeignet, der Finanzmacht die bisherigen Partner zu entziehen.

4.2.2. Systemstabilität

Banken müssen für Schäden haften. Wo sie dies wirtschaftlich nicht tragen können, muss umgehend und zumindest zeitweise verstaatlicht werden. Systemstabilität darf nach dem Willen der Deutschen Mitte nicht zu einem Oberbegriff für Bankenrettung, Missbrauch von Steuergeldern und Korruption werden. Systemstabilität ist vielmehr die Unterstützung der Gesellschaft gegen globale Ausbeutungs- und Umverteilungsmechanismen von unten nach oben.

4.2.3. Markttransparenz

Derivate gehören verboten. Alle Geldgeschäfte müssen mit Investmenthöhe steigend strengen Regelungen unterworfen werden, unabhängig von Organisationsstruktur und Arbeitsweise. Dass milliardenschwere Hedgefonds anders behandelt werden als Banken und unterreguliert und –beaufsichtigt bleiben, ist nicht einzusehen und wird nicht länger geduldet. Private Ratingagenturen werden nicht mehr geduldet, wegen offensichtlicher Interessenkonflikte und grassierender Korruption. Ihnen entgegengestellt wird ein System öffentlicher Ratingagenturen, das in seiner Struktur und Positionierung dem beschriebenen Bundesbanksystem ähnelt. Ziel bleiben ungeschönte Berichte im Dienst der Konsumenten.
Strafbarkeit von Fehlbewertungen zu Lasten der Investoren ist ein wichtiges Gut. Börseninvestments müssen weit größere Sicherheit vor systematischen Manipulationen bieten als bisher. Auch in Deutschland hat es hier in der Vergangenheit ganz ohne ausländische Mitwirkung erhebliche Korruption gegeben – die durch stärkere Kontrollen auszumerzen ist.
Berater müssen offenlegen, wenn sie von Anbietern Provisionen erhalten. Unterlassung muss auf verbesserter Regel-Grundlage leichter und strenger strafbar werden.

5. Bundesvermögen

Noch fast jede Bundesregierung hat Bundesvermögen verschleudert, die jetzige in Milliardenhöhe allein mit der Hypo Real Estate (HRE) und der Commerzbank-Beteiligung. Hier hat eine umfassende tatsächlich unabhängige Gesamtprüfung anzusetzen, mit allen Konsequenzen.

6. Zoll

Im Zusammenhang mit den unbestreitbaren Erfolgen des Organisierten Verbrechens gibt es im Zollbereich nicht nur Aufklärungs- und Regelungs- sondern auch Reformbedarf.

***